

# NIEDERSCHRIFT Rat/006/2010

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 20.05.2010 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ratsmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp  
Herr Jochen Dübbelde  
Herr Bernhard Faltmann  
Herr Günther Fehmer  
Herr Florian Heuermann  
Herr Ludger Kleideiter  
Herr Bernhard Kortmann  
Herr Bernd Kösters  
Herr Dr. Wolfgang Meyring  
Frau Brigitte Mollenhauer  
Herr Thomas Schulze Temming  
Herr Werner Wiesmann  
Herr Franz Becks  
Frau Sarah Bosse-Berger  
Herr Hans-Jürgen Dittrich  
Frau Margarete Köhler  
Herr Hans-Joachim Spengler  
Herr Thomas Tauber  
Herr Ralf Flüchter  
Frau Maggie Rawe  
Herr Ulrich Schlieker  
Herr Helmut Knüwer  
Herr Hubert Maas  
Herr Helmut Geuking

ab TOP 3. ö. S.

Von der Verwaltung:

Herr Peter Melzner  
Herr Hubertus Messing  
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

## TAGESORDNUNG

## I. Öffentliche Sitzung

### 1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

### 2. Beschluss über die Abschnittsbildung für den Ausbau der Massonneustraße zwischen der Gantweger Straße und Zu den Alstätten

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des HFA an und fasst folgenden

#### **Beschluss:**

Gemäß § 2 Absatz 4 der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des Kommunalabgabengesetzes – KAG – für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Billerbeck in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 14.07.1981 und § 3 Absatz 2 der Satzung der Stadt Billerbeck über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen – Erschließungsbeitragsatzung – vom 30.03.1995 wird beschlossen, dass der Aufwand für den selbständig nutzbaren Abschnitt der Erschließungsanlage Massonneustraße zwischen der Gantweger Straße und der Straße Zu den Alstätten gesondert ermittelt wird.

**Stimmabgabe:** einstimmig

### 3. 3. Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Billerbeck

Nach kurzer Erläuterung durch Herrn Melzner fasst der Rat folgenden

#### **Beschluss:**

Die 3. Änderung der Satzung lt. Sitzungsvorlage zu TOP 6 ö. S. des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten zur Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Billerbeck vom 22. Dezember 1999 in der zurzeit gültigen Fassung wird beschlossen mit der Ergänzung, dass die geänderte Formulierung zu § 15 Ziffer 4 nunmehr wie folgt lauten soll:

- (4) Die Sammlung der verschiedenen Abfälle hat zwischen 06:00 Uhr und 19:00 Uhr unter Berücksichtigung der Regelungen der aktuellen Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung, welche in Wohngebieten eine Sammlung erst ab 07:00 Uhr erlaubt, zu erfolgen. Die Anfahrt ins Abfuhrgebiet ist hiervon unabhängig. Die Gefäße sind zu Beginn des Abfuhrzeitraumes bereit zu stellen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**4. Errichtung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Haupt- und Realschulturnhalle**

Der Rat schließt sich dem Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten an und fasst folgenden

**Beschluss:**

Es wird grundsätzlich beschlossen, dass die Stadt auf den Dächern der Haupt- und der Realschulturnhalle Photovoltaikanlagen errichtet, wobei der Strom möglichst in den Schulen direkt verbraucht werden soll. Die Maßnahmen sind zu planen, die Ausschreibungen sind vorzubereiten und der Markt ist zu beobachten.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**5. Vorstellung der Ergebnisse aus dem dritten Arbeitskreis zur Erarbeitung des Einzelhandelskonzeptes**

Herr Fehmer stellt fest, dass man sich mit sehr viel Papier habe beschäftigen müssen und das Einzelhandelskonzept nicht freiwillig in Angriff genommen habe. Es handele sich wieder einmal um den Ausfluss von überbehördlichen Regelungen. Ob das Konzept bei demnächst anstehenden Entscheidungen wirklich von Nutzen sei, müsse man sehen. Ihm tue es leid, um das Geld, das hierfür ausgegeben werden musste.

Frau Dirks bestätigt, dass leider nach der geltenden Rechtslage, ohne Einzelhandelskonzept die Entwicklung von großflächigem Einzelhandel schwierig darzustellen sei.

**Beschluss:**

Der Entwurf des Einzelhandelskonzeptes für die Stadt Billerbeck wird öffentlich ausgelegt und die Beteiligung der berührten Träger öffentlicher Belange sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden durchgeführt. Zusätzlich wird zu einem öffentlichen Erörterungstermin eingeladen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

**6. 3. Änderung des Bebauungsplanes "Wendelskamp" hier: Erweiterung des Schuh- und Sporthauses Kentrup**

Die Vertreter aller Parteien begrüßen die geplante Erweiterung des Schuh- und Sporthauses.

**Beschluss:**

Auf Grundlage der Verträglichkeitsanalyse wird ein Plankonzept zur Erweiterung des Schuh- und Sporthauses erarbeitet.

**Stimmabgabe:** 23 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

## 7. **36. Änderung des Flächennutzungsplanes -Sondergebiet Photovoltaik- und 5. Änderung des Bebauungsplanes "Industriegebiet Hamern"**

### **hier: Ergebnis der Offenlage und Satzungsbeschluss**

Nach kurzer Erläuterung durch Frau Dirks schließt sich der Rat dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses an und fasst folgenden

### **Beschluss:**

1. Der Anregung der **Unteren Landschaftsbehörde** zur Vereinbarung weiterer Optimierungsmaßnahmen für die zusätzliche Anrechnung von Kompensationsmaßnahmen wird außerhalb des Bauleitplanverfahrens weiter verfolgt, somit wird auch der Anregung der **Landwirtschaftskammer** teilweise gefolgt.
2. Den Anregungen von **Straßen NRW** und dem **Fachdienst Oberflächengewässer** des Kreises Coesfeld zur Berücksichtigung ihrer Belange in den jeweiligen Genehmigungsverfahren wird gefolgt.
3. Die 36. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Billerbeck - Sondergebiet Photovoltaik- nebst Begründung und Umweltbericht wird beschlossen.
4. Die Genehmigung nach § 6 Abs. 1 BauGB ist bei der höheren Verwaltungsbehörde einzuholen.
5. Die Erteilung der Genehmigung ist gemäß § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
6. Gemäß § 8 Abs. 3 BauGB wurde die 5. Änderung des Bebauungsplanes "Industriegebiet Hamern" parallel mit der Flächennutzungsplanänderung aufgestellt. Nach Genehmigung dieser 33. Änderung des Flächennutzungsplanes wird der Bebauungsplan aus ihm entwickelt sein.
7. Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie der §§ 7 und 41 GO NRW die 5. Änderung des Bebauungsplanes "Industriegebiet Hamern" als Satzung. Diese besteht aus der Planzeichnung sowie der Begründung mit Umweltbericht.
8. Gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist nach Inkrafttreten der Flächennutzungsplanänderung ortsüblich bekannt zu machen, dass die 5. Änderung des Bebauungsplanes "Industriegebiet Hamern" beschlossen worden ist.

Rechtsgrundlagen sind:

- Das Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung vom 23. September 2004 (BGB1 I S. 2141) in der zur Zeit geltenden Fassung
- Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der zur Zeit geltenden Fassung
- Die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 1. März 2000 (GV NRW S. 256/SGV NRW 232) in der zurzeit geltenden Fassung

**Stimmabgabe:** 24 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme

## 8. **Entlastungsstraße westlich um Billerbeck**

Herr Wiesmann erklärt sich für befangen. Er begibt sich in den Zuschauerraum und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem

Tagesordnungspunkt nicht teil.

Herr Flüchter erinnert daran, dass er sich bereits in der Stadtentwicklungs- und Bauausschusssitzung sowie in der Haushaltsdebatte gegen die Entlastungsstraße ausgesprochen habe. Im Hinblick auf die finanzielle Situation sei sowohl eine Umsetzung als Kreisstraße als auch als Landesstraße völlig illusorisch. Außerdem stelle er die Notwendigkeit der Straße in Frage und wenn die Straße einmal in das Landesstraßen-Bauprogramm aufgenommen worden sei, gehe es nur noch um die Umsetzung und nicht mehr um die Sinnhaftigkeit. Er bezweifle auch, dass hierdurch eine Entlastung der Osterwicker Straße eintrete. Vielmehr werde die Straße eine starke Umweltbelastung verursachen und zu Flächenverbrauch wertvoller Ackerflächen und für den Naturschutz wichtiger Flächen führen. Nicht zuletzt werde die Straße das gesamte westliche Erscheinungsbild der Stadt Billerbeck beeinträchtigen.

Herr Geuking meint, dass die Planungen für die Straße zum völlig falschen Zeitpunkt in angestrengt werden. Er sehe zurzeit keine Notwendigkeit für eine Beratung und appelliere an alle Ratsmitglieder die Entscheidung nach hinten zu schieben.

Frau Dirks rät davon ab, die Entscheidung noch weiter aufzuschieben. Im Rahmen der Einplanungsgespräche sei die Notwendigkeit der Straße aufgrund der Verkehrsbelastungen anerkannt worden.

Herr Fehmer betont, dass es sich um eine perspektivische Entscheidung handle. Allen sei doch bekannt, wie lange solche Verfahren dauern. Man müsse den Fuß in der Tür behalten. Über die westl. Entlastungsstraße sei hinreichend diskutiert und die Notwendigkeit sei anerkannt worden. Außerdem seien im Zusammenhang mit dem Bau dieser Straße auch andere Entwicklungsmöglichkeiten Billerbecks denkbar. Die Aufnahme in das Landesstraßenbau-Bauprogramm sollte heute beschlossen werden.

Aufgrund des demografischen Wandels werde Billerbeck in den nächsten Jahren nicht mehr so schnell wachsen, wie in der Vergangenheit, so Herr Schlieker. Er bezweifle die Sinnhaftigkeit der Straße und dass hierdurch eine Umleitung des überregionalen Verkehrs stattfinde.

Herr Geuking bekräftigt, dass heute kein Beschluss über die Aufnahme in das Landesstraßen-Bauprogramm gefasst werden sollte.

Frau Dirks macht deutlich, dass keine Chance zur Realisierung der Straße bestehe, wenn Billerbeck nicht in die Liste aufgenommen werde. Dagegen sei ein Streichen von der Liste immer möglich.

Herr Knüwer sieht die Aufnahme in das Landesstraßenprogramm als Platzhalter. In den nächsten 10 Jahren werde sich sowieso nichts tun, weil das Land Nordrhein-Westfalen finanziell genauso da stehe wie die Stadt Billerbeck. In dieser Ratsperiode werde man sicher nicht mehr über den Bau der Umgehungsstraße entscheiden müssen.

Herr Dittrich spricht sich dafür aus, den Fuß in der Tür zu behalten. Die Anwohner der Osterwicker Straße stöhnten unter der Verkehrsbelastung. Insofern sollte die Chance genutzt und der Antrag gestellt werden. Wenn es dann so weit sei, könne immer noch eine Verkehrserfassung durchgeführt und über die Realisierung der Straße entschieden werden.

Herr Schlieker weist darauf hin, dass die Straße Billerbeck stark verändern werde. Er sei nicht grundsätzlich gegen die Umgehungsstraße, meine aber, dass die Sinnhaftigkeit nicht gegeben sei. Hierüber würde er gerne öffentlich diskutieren.

Herr Flüchter verweist auf den bestehenden Ratsbeschluss, wonach eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden soll und erkundigt sich, wie es hiermit aussehe.

Frau Dirks führt aus, dass solange der genaue Verlauf der Trasse noch nicht feststehe, eine Beteiligung der Bürger schwierig sei. Im Übrigen habe der Rat die Notwendigkeit für diese Straße gesehen, denn er habe die Verwaltung mehrheitlich beauftragt, die Realisierung einer Entlastungsstraße westlich um Billerbeck voranzutreiben. Da die Stadt die finanziellen Mittel hierfür nicht aufbringen könne, werde jetzt vorgeschlagen, die Aufnahme in das Landesstraßen-Bauprogramm zu beantragen.

Herr Dr. Meyring stellt heraus, dass man sich seit 10 Jahren mit dem Thema befasse. Bisher sei die Entwicklung Billerbecks immer nur in eine Richtung (Oberlau) gegangen. Durch die westl. Entlastungsstraße ergäbe sich die Möglichkeit zur Abrundung des Stadtbildes und gleichzeitig zur Entlastung der Osterwicker Straße vom Schwerlastverkehr.

Herr Maas bezeichnet die Straße als Zukunftsentwicklung der Stadt Billerbeck. Die hierdurch denkbare Entwicklung von Wohnbauflächen werde vor allem ältere Menschen ansprechen. Zudem werde die Gewerbeentwicklung hierdurch positiv dargestellt. Wegen der schnellen Zuwegung zu den Verkehrsströmen könnte es gelingen, evtl. Dienstleistungsgewerbe nach Billerbeck zu holen. Nachdenklich mache ihn deshalb, warum diese Straße nicht schon längst eingestiegt wurde.

Herr Schlieker hält den Äußerungen des Herrn Dr. Meyring entgegen, dass in den letzten 10 Jahren auch die Entwicklung vorangeschritten sei und sich die Zusammensetzung des Rates, die ja auch die Meinung der Bevölkerung widerspiegeln, verändert habe. Der demografische Wandel sei heute ein wichtiger Aspekt. Außerdem sei man heute nicht verpflichtet, vor 10 Jahren gefasste Ratsbeschlüsse umzusetzen. Er sei nicht grundsätzlich gegen eine Entlastungsstraße, könne aber nicht erkennen, dass es hierfür ein öffentliches Interesse gebe.

Herr Flüchter merkt zu der angesprochenen Abrundung der Wohnbauentwicklung an, dass die Nachfrage nach Wohngrundstücken aufgrund des demografischen Wandels rückläufig sei.

Herr Faltsmann stellt den Antrag auf Abstimmung.  
Diesem Antrag wird mit **23 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.**

Der Rat fasst folgenden

**Beschluss:**

Die Stadt Billerbeck beantragt die Aufnahme einer westlichen Stadturngehung in das Landesstraßen-Bauprogramm.

**Stimmabgabe:** 19 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

**9. Einspruch gemäß § 57 Abs. 4 GO NW gegen einen Beschluss des Umwelt- und Denkmalausschusses vom 27.04.2010 hier:100-Alleen Programm des Landes Nordrhein Westfalen**

Herr Dr. Meyring erläutert, dass der Einspruch eingelegt wurde, damit der Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal und Feuerwehrangelegenheiten erneut beraten werden kann. Entsprechend der Zuständigkeitsordnung sei der Tagesordnungspunkt zunächst im Bezirksausschuss und anschließend im Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten beraten worden. Zu dieser Sitzung habe das Protokoll über die Sitzung des Bezirksausschusses noch nicht vorgelegen. In der Ausschusssitzung sei zwar inhaltlich über die Vorberatung berichtet worden, das in der Niederschrift dargelegte Meinungsbild aber nicht mitgeteilt worden. Der im Bezirksausschuss von den Mitgliedern aller vertretenen Fraktionen beschlossene gemeinsame Ortstermin mit den Anliegern sei bei der Beratung im Ausschuss für Umwelt-, Denkmal und Feuerwehrangelegenheiten nicht berücksichtigt worden. Das sei auch darauf zurückzuführen, dass in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal und Feuerwehrangelegenheiten nicht bekannt war, dass dieser Vorschlag maßgeblich von der Vertreterin der Grünen vorgetragen und von Vertretern der SPD und FDP mitgetragen wurde. Wenn Herr Dittrich, wie im Ausschuss bekundet, sich nicht an Vorschläge des Bezirksausschusses gebunden fühle, spreche das für sich. Den gefassten Beschluss durchzuführen ohne vorher eine Bürgerbeteiligung durchzuführen, entspreche nicht dem Leitbild der CDU-Politik.

Frau Dirks merkt an, dass der Beschluss des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten eine Anliegerbeteiligung beinhalte. Des Weiteren erinnere sie daran, dass die Anlieger schriftlich und auch im Rahmen einer Bürgerversammlung mit dem Vorhaben vertraut gemacht worden seien. Ergänzend weist sie darauf hin, dass nach der Sitzung einige Eingaben von Bürgern bei der Verwaltung eingegangen seien, die aber auch die Politiker erhalten hätten. U. a. hätten Anlieger vorgeschlagen, im ersten Bereich keine Eichen, sondern selber Kopfweiden anzupflanzen. Das wäre eine Anregung, die die Verwaltung, wie vom Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten beschlossen, vor Ort mit den Anliegern besprechen würde.

Herr Flüchter stellt fest, dass ja nicht über die Köpfe der Bürger hinweg beschlossen wurde. Die Anregungen der Bürger sollen berücksichtigt

werden. Außerdem gehöre es zum guten Ton, die Vorschläge des Bezirksausschusses zu berücksichtigen und Ratschläge anzunehmen. Es passiere nicht zum ersten Mal, dass sich die CDU hierüber hinweg setze.

Herr Dittrich unterstreicht, dass die Bürger in der Vergangenheit ausreichend beteiligt wurden. Der Einspruch gegen einen demokratisch gefassten Beschluss habe ihn sehr überrascht. Es gehe nicht darum, dass er den Vorschlag des Bezirksausschusses nicht berücksichtigen wolle. Der Bezirksausschuss habe aber lediglich eine vorberatende Funktion. Zudem spiegle die Zusammensetzung des Bezirksausschusses nicht die Mehrheiten in der Stadt wider. Außerdem halte er einen Ortstermin mit den Mitgliedern beider Ausschüsse und den Anliegern für kontraproduktiv. Die Meinung der Anlieger sei deutlich geworden, die Örtlichkeiten seien bekannt und dass die Anlieger auch weiter beteiligt werden, habe die Bürgermeisterin bestätigt. Deshalb sehe er keine Notwendigkeit, dem Einspruch stattzugeben.

Herr Knüwer erklärt, dass er dem Einspruch und damit der Zurückweisung in den Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten zustimmen werde, allerdings mit der Maßgabe, dass die Zwischenzeit genutzt wird, um die zitierte Bürgerversammlung durchzuführen und das Ergebnis in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten vorgestellt wird. Nach seiner Meinung mache es keinen Sinn, das Rad so weit zurück zu drehen, dass die Mitglieder zweier Ausschüsse noch einmal mit den Bürgern vor Ort tagen. Das würde auch den finanziellen Rahmen sprengen. Allerdings bleibe es den Fraktionen ja unbenommen, mit den Bürgern zu sprechen.

Frau Dirks weist Herrn Knüwer darauf hin, dass der Beschluss des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten aufgehoben sei, wenn dem CDU-Einspruch stattgegeben werde.

Herr Dr. Meyring bekräftigt noch einmal, dass die CDU-Fraktion den Einspruch nicht eingelegt habe, weil sie gegen die Anlegung von Alleen seien, sondern weil die Argumente der Anlieger in der Sitzung nicht ausreichend gewürdigt worden seien und sie dies erst später durch die Niederschrift erfahren hätten.

Frau Rawe erinnert daran, dass sie in der Bezirksausschusssitzung für eine Bürgerbeteiligung gestimmt habe. Sie könne sich aber auch dem Beschluss des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten anschließen, weil dieser ja eine Beteiligung der Bürger vorsehe. Sie wolle, dass Alleen angepflanzt werden, wobei natürlich mit den Bürgern z. B. besprochen werden soll, welche Bäume angepflanzt werden. Der Bezirksausschuss habe eine zusätzliche Sitzung beschlossen, dies sei in dem CDU-Einspruch nicht berücksichtigt. Der Sitzungskalender sehe in dem jetzigen Sitzungsturnus keine Sitzung des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten mehr vor. Außerdem wisse man nicht, wie lange das Förderprogramm noch bestehe. Die CDU-Fraktion habe sich doch für Alleen ausgesprochen, die Bürger würden beteiligt, Zeiten und Fristen könnten eingehalten werden, die Verwal-

tung habe geprüft, welche Wege sich für die Anlegung von Alleen eignen und deshalb sollte das Projekt jetzt durchgezogen werden.

Herr Schlieker fügt an, dass bei größeren Maßnahmen, wie z. B. Straßenausbauten auch immer nur eine Bürgerbeteiligung gebe und hier jetzt eine zweite stattfinden soll.

Herr Dittrich weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion 2007 die Anlegung einer Allee mit Vehemenz bekämpft habe während sie dem jetzt gemeinsam von der SPD, den Grünen und der FDP gestellten Antrag zugestimmt habe. Insofern verstehe er das Problem nicht, zumal doch eine Beteiligung der Bürger gewährleistet sei. Auch gebe es keine neuen Tatsachen, die in einer zusätzlichen Sitzung besprochen werden müssten. An die FDP appelliere er, zu dem gemeinsamen Antrag zu stehen.

Herr Fehmer stellt richtig, dass die CDU die Aktion 2007 nicht bekämpft habe. Vielmehr sei damals wegen der Sorge um das Fortbestehen des Förderprogrammes ein Zeitdruck aufgebaut worden, dem sie sich nicht hätten beugen wollen. Im Übrigen sei die jetzt vorgesehene Beteiligung der Bürger nicht das, was sie unter einer Bürgerbeteiligung verstünden. Dass eine solche erforderlich ist, zeige sich schon darin, dass in kurzer Zeit zwei Bürgereingaben eingereicht worden seien. Hierin unterbreiteten die Anlieger konstruktive Vorschläge durch die die Stadt ggf. sogar finanziell entlastet werde, weil sich die Anlieger selbst einbringen wollen. Man müsse sich die Zeit nehmen, hierüber in aller Ruhe zu sprechen. Die nächste Pflanzperiode beginne erst im Oktober, also sei es kein Problem, nach den Sommerferien eine Sitzung anzuberaumen. Er habe aufgrund der Bürgereingaben sogar die Hoffnung, dass noch mehr Alleen realisiert werden können. Außerdem seien die anderen von der Verwaltung vorgeschlagenen Trassen und die von Herrn Fliß in der Bezirksausschusssitzung vorgeschlagene Allee in Lutum hier noch nicht ausreichend thematisiert worden.

Herr Brockamp führt an, dass die heutige Erörterung und die Bürgereingaben zeigten, dass noch Diskussionsbedarf bestehe. Außerdem könne man doch nicht zuerst entscheiden und danach die Bürger fragen.

Herr Wiesmann bedauert den Verlauf der hier geführten Diskussionen. Im Bezirksausschuss seien die Meinungen meistens homogen. So habe der Bezirksausschuss einstimmig beschlossen, dass nicht die Verwaltung eine Bürgerbeteiligung durchführen solle, sondern die Politiker direkt vor Ort mit den Anliegern reden sollen. Dies habe der Ausschuss für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten wieder rückgängig gemacht. Eine Allee benötige aber die Akzeptanz der Anlieger. Sie werde von den Bürgern nie angenommen, wenn sie sich nicht verstanden fühlten.

Frau Rawe weist darauf hin, dass die Verwaltung zu der von Herrn Fliß vorgeschlagenen Anlegung einer Allee in Lutum deutlich gemacht habe, dass diese wegen der geplanten Leitungsverlegung der RWE kaum realisierbar sei. Die übrigen in den Sitzungen vorgeschlagenen Alleen oder Ergänzungen von Obstbaumalleen seien ja nicht abgelehnt worden, son-

dern sollen weiter im Auge behalten werden.

Herr Dittrich stellt heraus, dass man allen Bürgern gegenüber verpflichtet sei. Eine Bürgerbeteiligung sollte für alle Bürger, nicht nur für die Anlieger sein. Die Anlieger des Gantweges wollten am liebsten keine Allee, während die übrigen Billerbecker Bürger und Touristen einen Nutzen von der Allee hätten.

Herr Fehmer führt an, dass lt. Beschluss die Anlieger zu beteiligen seien. Diese Formulierung könne auch auf „Bürgerbeteiligung“ ausgeweitet werden, dann seien alle Bürger eingeladen. Nach dem Sitzungskalender sei bis zum 10.06.2010 keine Sitzung geplant, so dass am 08.06.2010 zu einer Sitzung mit einer vorherigen Ortsbesichtigung eingeladen werden könnte. Über den Einspruch sollte jetzt abgestimmt werden.

Frau Dirks lässt über den Einspruch gegen den Beschluss des Ausschusses für Umwelt-, Denkmal- und Feuerwehrangelegenheiten abstimmen.

Dem Einspruch wird mit **15 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen** stattgegeben.

Frau Dirks stellt fest, dass damit der Beschluss des Ausschusses aufgehoben und die Angelegenheit neu zu beraten ist.

**10. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2010  
hier: Verlegung des Rats- und Ausschusssitzungen in den Kultur-  
saal der "Alten Landwirtschaftsschule"**

Frau Mollenhauer spricht sich für die Verlegung der Sitzungen in die LAWI aus. Die Öffentlichkeit müsse vernünftig hergestellt und den Zuhörern ein angemessener Platz zur Verfügung gestellt werden.

Herr Schlieker bittet der Anregung zuzustimmen und der Bürgermeisterin zu empfehlen, die Sitzungen zu verlegen. Damit vertue man sich nichts und die Sitzungen könnten jederzeit wieder in den Sitzungssaal des Rathauses zurück verlegt werden.

Herr Knüwer sieht es als bürgerfreundlich an, wenn die Sitzungen in der LAWI stattfänden. Die Bürgermeisterin sollte der Anregung folgen.

Frau Dirks stellt fest, dass Ratssitzungen in den Ratssaal gehörten, wobei die jetzige Situation verbessert und Zielsetzung die Barrierefreiheit sein sollte.

**11. Antrag der CDU-Fraktion vom 03.05.2010  
hier: Erweiterung des Bestattungsmöglichkeiten um die Baum-/  
Waldbestattung**

Frau Dirks berichtet, dass sie zum Thema Bestattungsmöglichkeiten Kon-

takt zum Arbeitskreis Trauerkultur aufgenommen habe. Sie hätten überlegt, wie Gräber gestaltet werden können, damit den Angehörigen die Pflege nicht zur Last fällt, ohne dass sie ein Wiesengrab wählen müssen. Dabei können Baumbestattungen einbezogen werden. Der Arbeitskreis plane noch vor den Sommerferien eine Fahrt zu Friedhöfen, um zu sehen, wie so etwas aussehen könnte. Darüber hinaus habe der Arbeitskreis Trauerkultur eine Erweiterung der Einsegnungshalle auf dem alten Friedhof angeregt, weil immer mehr Menschen eine Trauerfeier auf dem Friedhof der Feier in der Kirche vorzögen.

Herr Fehmer erläutert und begründet den CDU-Antrag.

Herr Flüchter begrüßt den CDU-Vorschlag, weist aber darauf hin, dass in Coesfeld die Bestattung innerhalb eines Waldes erfolge und es diesen Zustand bzw. diese Atmosphäre auf den Friedhöfen in Billerbeck nicht gebe. Die Verwaltung sollte prüfen, ob eine Waldbestattung wie in Coesfeld auch in Billerbeck möglich wäre.

Frau Mollenhauer weist darauf hin, dass auch eine dritte Aufbewahrungshalle nötig sei.

Herr Dittrich begrüßt den Fraktionsantrag und schlägt vor, ihn in den zuständigen Ausschuss zu verweisen und zu dieser Sitzung Vertreter des Arbeitskreises Trauerkultur einzuladen.

**Beschluss:**

Der Antrag der CDU-Fraktion vom 03.05.2010 wird an den zuständigen Ausschuss verwiesen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

- 12. Antrag der FDP Fraktion vom 05.05.2010**  
**hier: Errichtung einer Querungshilfe im Bereich des Freibades**  
 Nach kurzer Begründung des Antrages durch die FDP-Fraktionsmitglieder fasst der Rat folgenden

**Beschluss:**

Der Antrag der FDP-Fraktion vom 05.05.2010 wird an den zuständigen Ausschuss verwiesen.

**Stimmabgabe:** einstimmig

- 13. Mitteilungen**

- 13.1. Chlorgasvorfall im Bereich des Freibades - Frau Dirks**

Frau Dirks berichtet, dass sie kurz vor der Sitzung von einem erneuten Chlorgaszwischenfall an der Osterwicker Straße erfahren habe. Vermutet

werde, dass die Einleitung über die Wohnmobil-Stellplatzanlage am Freibad erfolgt sei. Deshalb werde neben anderen Maßnahmen auch überlegt, die Anlage vorübergehend außer Betrieb zu setzen.

Frau Bosse-Berger führt aus, dass lt. Meinung eines Bürgers Handlungsbedarf grundsätzlicher Art für den Wohnmobil-Stellplatz bestehe. Es fehlten Benutzerhinweise und es sei keine Parkordnung ersichtlich.

Frau Dirks sagt zu, die Anregung aufzugreifen.

### **13.2. Ausschilderung des Sportzentrums Helker Berg - Herr Messing**

Herr Messing teilt zu der von Herrn Dübbelde vorgetragenen Bitte auf Ausschilderung des Sportzentrums Helker Berg mit, dass zurzeit nach Lösungsansätzen gesucht werde und es noch Abstimmungsbedarf gebe. Wenn Piktogramme angebracht würden, müssten dafür andere Schilder geopfert werden. Sobald Ergebnisse vorlägen, werde hier berichtet.

## **14. Anfragen**

### **14.1. Pflege der Kriegsgräber - Herr Fehmer**

Herr Fehmer weist auf den unwürdigen Zustand der Kriegsgräber auf dem alten Friedhof hin.

Frau Dirks verspricht, Abhilfe zu schaffen. In der nächsten Woche finde ohnehin eine Begehung mit dem zuständigen Fachbereich statt.

### **14.2. Bereitstellung von Landesmitteln für die Sanierung von Straßen - Herr Fehmer**

Herr Fehmer bezieht sich auf eine Radiomeldung über die Bereitstellung von Mitteln für Straßensanierungen im Kreis Coesfeld. Er habe sich gewundert, weil die Beerlager Straße (L 506) nicht genannt worden sei. Frau Dirks vermutet, dass es sich evtl. um einen anderen Fördertopf handele, sagt aber zu, Erkundigungen einzuholen.

### **14.3. Ausbau der Massonneustraße - Herr Schlieker**

Herr Schlieker führt aus, dass einige Anwohner der Massonneustraße befürchteten, dass die Straße nach dem Ausbau oder wenn eine Entlastungsstraße gebaut wird, als Durchgangsstraße genutzt werden könnte. Hier wäre eine verbindliche schriftliche Aussage sinnvoll, dass weder Rat noch Verwaltung dies wollten.

Frau Dirks berichtet über ein Gespräch mit einer Anwohnerin, der sie eine schriftliche Stellungnahme zugesichert habe.

**14.4. Obstbäume am Napoleonweg - Herr Knüwer**

Herr Knüwer weist darauf hin, dass aus einigen Obstbäumen am Napoleonweg die Baumkronen heraus geschnitten wurden. Er gehe nicht davon aus, dass dies im Rahmen von Baumpflegemaßnahmen geschehen sei und bittet die Verwaltung um Überprüfung.

Frau Dirks sagt dies zu.

Herr Dittrich bittet die Verwaltung, Strafanzeige zu erstatten, falls sich herausstellt, dass es sich um Sachbeschädigung handelt.

**14.5. Biotonne in der Behindertoilette - Herr Dittrich**

Herr Dittrich erinnert an seinen Hinweis, dass im Raum der Behindertoilette die Biotonne abgestellt gewesen sei und erkundigt sich, ob diese inzwischen entfernt wurde.

Frau Dirks bestätigt das. Es habe sich um ein Versehen gehandelt, für die Biotonnen gebe es einen separaten Raum.

**14.6. Niederschrift über die Ratssitzung am 23.03.2010 - Herr Becks**

Herr Becks weist darauf hin, dass die Stimmabgabevermerke in der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 23.03.2010 zum Haushaltsplan falsch wiedergegeben wurden. Die SPD-Fraktion habe geschlossen gegen den Haushaltsplan gestimmt.

Verwaltungsseitig wird Überprüfung und ggf. Berichtigung der Niederschrift zugesagt.

**14.7. Zustand der Coesfelder Straße im Bereich Feuerwehrgerätehaus - Frau Mollenhauer**

Frau Mollenhauer weist auf den schlechten Zustand der Coesfelder Straße im Bereich des Feuerwehrgerätehauses hin. Schadstellen seien zwar notdürftig geflickt worden, hier müsse aber nachgebessert werden.

Frau Dirks sagt zu, den Hinweis an den Landesbetrieb Straßen NRW weiter zu leiten.

**14.8. Überwachung des ruhenden Verkehrs - Herr Becks**

Herr Becks moniert, dass die Politesse auch am Samstagmorgen den

ruhenden Verkehr auf dem Hesselmann-Parkplatz kontrolliere und erkundigt sich, ob die Überwachung nach einem bestimmten System vorgenommen werde.

Herr Messing teilt mit, dass es kein festgelegtes Kontrollsystem gebe. Kontrollen würden unregelmäßig an allen Wochentagen, auch samstags durchgeführt. Der Samstag sollte von den Kontrollen nicht ausgenommen werden, damit die Plätze nicht von Dauerparkern belegt werden und somit den Kunden des Einzelhandels nicht mehr zur Verfügung stehen.

Frau Mollenhauer regt an, die Parkzeit auf dem Hesselmann-Parkplatz zu verlängern.

Frau Dirks weist darauf hin, dass aufgrund von Anfragen einiger Anlieger verwaltungsseitig bereits die Herausnahme einiger Parkflächen aus der Bewirtschaftung geprüft werde.

#### **14.9. Informationstafel am Schlageter-Denkmal - Herr Schlieker**

Herr Schlieker erkundigt sich, wann die im Umwelt- und Denkmalausschuss beschlossene Informationstafel am Schlageter-Denkmal aufgestellt werde.

Frau Dirks teilt mit, dass das Schild im Zusammenhang mit dem historischen Stadtrundgang realisiert werden soll, für den Herr Ester ein Konzept erstelle. Nachdem Herr Ester nun einen Kostenvoranschlag eingereicht habe, soll ein Antrag auf Leader-Fördermittel gestellt werden. Kofinanzierungssponsoren habe sie bereits gefunden. Die von Herrn Ester entworfenen Schilder würden dem Ausschuss noch vorgestellt.

#### **15. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck**

**Herr Matthias Ewelt** fragt nach, wie der Weg parallel zum Bahnradweg von seinem Grundstück bis Löderbusch ausgebaut wird und ob im Bereich der Brücke eine Höhenanpassung vorgenommen werde.

Frau Dirks teilt mit, dass die Höhe ausgeglichen werde, im weiteren Verlauf aber kein Ausbau geplant sei. Detaillierte Informationen werde sie ihm schriftlich zukommen lassen.

**Herr Ewelt** erkundigt sich weiter, wann der gesperrte Wanderweg im Bereich Hamern Mark wieder freigegeben werde.

Herr Messing berichtet, dass der Weg gesperrt wurde, weil dort Unbekannte illegal Asbestplatten entsorgt hätten. Zurzeit liefen Ermittlungen, um den oder die Verursacher aufzuspüren. Danach werde das schädliche Material entsorgt und anschließend der Weg wieder freigegeben.

Marion Dirks  
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann  
Schriftführerin